**(ACT-Alliance-Erklärung zum Abkehr Österreichs vom GCM)**

Die Ankündigung der österreichischen Bundesregierung, den UN-Pakt für sichere, geordnete und geregelte Migration (Global Compact for safe, orderly and regular migration, GCM) nicht zu unterzeichnen, hat zu Bestürzung bei vielen Organisationen geführt, die sich für Migrantinnen und Migranten einsetzen und mit ihnen arbeiten – darunter auch die ACT Alliance, ein internationales kirchliches Netzwerk der Katastrophen- und humanitären Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, und Anwaltschaft, sowie das österreichische ACT Alliance-Mitglied Diakonie Österreich.

Der Inhalt dieser Vereinbarung wurde in der ersten Hälfte dieses Jahres zwischen den Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen verhandelt und wird am 10. und 11. Dezember auf einer Regierungskonferenz in Marokko offiziell angenommen. Viele zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch die ACT Alliance, waren aktiv an der Ausarbeitung des Abkommens beteiligt.

„Österreich hat an den gesamten Verhandlungen engagiert teilgenommen, ganz in der Tradition des österreichischen Engagements zur Stärkung internationaler Kooperationen und Institutionen. Wir bedauern zutiefst, dass die Regierung jetzt ihren Rückzug ankündigt. Dadurch isoliert sich Österreich von der internationalen Staatengemeinschaft – und das bei einem der wichtigsten Themen unserer Zeit, das sich als globales Thema nur auf globaler Ebene lösen lässt“, sagt Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser.

Die Diakonie unterstützt seit Jahrzehnten Menschen im Asylverfahren und bei der Integration. Allein im vergangenen Jahr konnte 45.000 Menschen in Österreich mit Unterkunft, Rechtsberatung und psychosoziale Betreuung geholfen werden. Die Diakonie Österreich arbeitet auch mit anderen ACT-Mitgliedern zusammen, um Hilfe vor Ort, etwa in Regionen wie Südosteuropa, dem Nahen Osten und Südasien, zu leisten.

Der GCM spricht viele Aspekte von Migration an, die auch die Arbeit der ACT Alliance berühren: Fluchtursachen, Schutz von Migrantinnen und Migranten vor Ausbeutung in Transit- und Zielländern, Zugang zu Sozialleistungen, bei Rückkehr nachhaltige Wiedereingliederung in den Herkunftsländern, internationale Zusammenarbeit bei der Umsetzung der GCM-Ziele. Diese Vereinbarungen sind für kein Nationalstaat rechtlich bindend, sondern zielen darauf, die internationale Zusammenarbeit zu fördern und Staaten bei der Wahrung der Menschenrechte aller Migrantinnen und Migranten zu unterstützen. Da es sich um eine unverbindliche Übereinkunft handelt, wird die Souveränität von Mitgliedsstaaten, über die Österreich so besorgt zu sein scheint, in keiner Weise berührt.

„Als eine internationale kirchliche Allianz, die sich für den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte in über 125 Ländern einsetzt, sind wir besorgt, wenn ein Staat auf nationale Souveränität beruft, um eigenmächtig und isoliert zu handeln“, so ACT-Generalsekretär Rudelmar Bueno de Faria. „Migration ist ein globales Phänomen. Die Weltgemeinschaft hat mittlerweile erkannt, dass einzelne Regierungen nicht in der Lage sind, die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten ohne internationale Zusammenarbeit wirksam zu schützen – die Rechte ihrer eigenen Bevölkerung in anderen Ländern eingeschlossen. “

ACT Alliance und ihre Mitglieder berieten sich die vergangene Woche über auf ihrer Generalversammlung im schwedischen Uppsala (28.10-01.11.). Sie haben dort eine neue globale Strategie verabschiedet, die als einen ihrer zentralen Pfeiler den Themenschwerpunkt Migration enthält.

„Migration ist eine der großen Chancen und Herausforderungen unserer Zeit. Wir haben uns verpflichtet, diesbezüglich langfristig mit unseren Mitgliedern, mit Regierungen, UN-Organisationen und der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten. Wir ermutigen andere, dasselbe zu tun, und wir ermutigen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, ihren Kurs beizubehalten. Wir haben nichts zu verlieren und können durch die Annahme des Pakts viel gewinnen.“